



Verfassungsgerichtshof

**ÜBERSETZUNG
Entscheid Nr. 172/2025
vom 11. Dezember 2025
Geschäftsverzeichnisnr. 8421
AUSZUG**

In Sachen: Vorabentscheidungsfrage in Bezug auf Artikel 78 des Strafgesetzbuches, gestellt vom Appellationshof Lüttich.

Der Verfassungsgerichtshof,

zusammengesetzt aus den Präsidenten Pierre Nihoul und Luc Lavrysen, und den Richtern Thierry Giet, Joséphine Moerman, Michel Pâques, Yasmine Kherbache, Danny Pieters, Sabine de Bethune, Emmanuelle Bribosia, Willem Verrijdt, Katrin Jadin und Magali Plovie, unter Assistenz des Kanzlers Frank Meersschaut, unter dem Vorsitz des Präsidenten Pierre Nihoul,

erlässt nach Beratung folgenden Entscheid:

I. Gegenstand der Vorabentscheidungsfrage und Verfahren

In seinem Entscheid vom 9. Januar 2025, dessen Ausfertigung am 24. Januar 2025 in der Kanzlei des Gerichtshofes eingegangen ist, hat der Appellationshof Lüttich folgende Vorabentscheidungsfrage gestellt:

« Steht Artikel 78 des Strafgesetzbuches im Widerspruch zu den Artikeln 10 und 11 der Verfassung und dem Grundsatz *habeas corpus* in Verbindung mit den Artikeln 19 und 23 der Verfassung und Artikel 10 Absatz 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention, insofern er es im Rahmen einer strikten Verhältnismäßigkeitsprüfung nicht ermöglicht, die strafrechtliche Verantwortlichkeit von Personen zu prüfen, die wegen Taten, die darauf abzielen, die Öffentlichkeit auf die Dringlichkeit des Klimawandels aufmerksam zu machen, verfolgt werden und sich auf den gewaltlosen ökologischen zivilen Ungehorsam als auf ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung beruhenden Entschuldigungsgrund berufen? ».

(...)

III. Rechtliche Würdigung

(...)

B.1.1. Die Vorabentscheidungsfrage bezieht sich auf Artikel 78 des Strafgesetzbuches, der bestimmt:

« Ein Verbrechen oder Vergehen ist nur in den durch das Gesetz bestimmten Fällen entschuldbar ».

B.1.2. Der Gerichtshof wird zur Vereinbarkeit der in Rede stehenden Bestimmung mit den Artikeln 10 und 11 der Verfassung und mit dem Grundsatz *habeas corpus* in Verbindung mit den Artikeln 19 und 23 der Verfassung und mit Artikel 10 Absatz 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention befragt, « insofern [sie] es im Rahmen einer strikten Verhältnismäßigkeitsprüfung nicht ermöglicht, die strafrechtliche Verantwortlichkeit von Personen zu prüfen, die wegen Taten, die darauf abzielen, die Öffentlichkeit auf die Dringlichkeit des Klimawandels aufmerksam zu machen, verfolgt werden und sich auf den gewaltlosen ökologischen zivilen Ungehorsam als auf ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung beruhenden Entschuldigungsgrund berufen ».

B.1.3. Der der Vorlageentscheidung zugrunde liegende Sachverhalt betrifft Angeklagte, die aufgrund der Artikel 461 Absatz 1 und 463 Absatz 1 des Strafgesetzbuches verfolgt werden wegen Diebstahls zweier Werbeplakate – zum Nachteil einer Privatperson – für Kraftfahrzeuge mit der Absicht, sie anlässlich einer späteren Kundgebung gegen « die heutige Politik der Förderung von Elektrofahrzeugen » zu verwenden.

Der Gerichtshof beschränkt seine Prüfung auf diese Situation.

B.2.1. Die Artikel 10 und 11 der Verfassung haben eine allgemeine Tragweite. Sie untersagen jegliche Diskriminierung, ungeachtet deren Ursprungs; die Verfassungsvorschriften der Gleichheit und Nichtdiskriminierung gelten angesichts aller Rechte und aller Freiheiten.

B.2.2. Wenn ein Verstoß gegen den Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung angeführt wird, muss in der Regel präzisiert werden, welche Kategorien von Personen

miteinander verglichen werden und in welcher Hinsicht die fragliche Bestimmung zu einem Behandlungsunterschied führt, der diskriminierend wäre.

Wenn ein Verstoß gegen den Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung in Verbindung mit einem anderen Grundrecht angeführt wird, das sich gegebenenfalls aus einem internationalen Vertrag ergibt, der für Belgien verbindlich ist, genügt es jedoch zu präzisieren, inwiefern gegen dieses Grundrecht verstoßen würde. Die Kategorie von Personen, für die gegen dieses Grundrecht verstoßen würde, muss mit der Kategorie von Personen verglichen werden, denen dieses Grundrecht gewährleistet wird.

B.2.3. Artikel 19 der Verfassung bestimmt:

« Die Freiheit der Kulte, diejenige ihrer öffentlichen Ausübung sowie die Freiheit, zu allem seine Ansichten kundzutun, werden gewährleistet, unbeschadet der Ahndung der bei der Ausübung dieser Freiheiten begangenen Delikte ».

Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention lautet:

« (1) Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben. Dieser Artikel hindert die Staaten nicht, für Radio-, Fernseh- oder Kinounternehmen eine Genehmigung vorzuschreiben.

(2) Die Ausübung dieser Freiheiten ist mit Pflichten und Verantwortung verbunden; sie kann daher Formvorschriften, Bedingungen, Einschränkungen oder Strafdrohungen unterworfen werden, die gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind für die nationale Sicherheit, die territoriale Unversehrtheit oder die öffentliche Sicherheit, zur Aufrechterhaltung der Ordnung oder zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der Gesundheit oder der Moral, zum Schutz des guten Rufes oder der Rechte anderer, zur Verhinderung der Verbreitung vertraulicher Informationen oder zur Wahrung der Autorität und der Unparteilichkeit der Rechtsprechung ».

B.2.4. Insofern Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention das Recht auf freie Meinungsäußerung anerkennt, hat er eine ähnliche Tragweite wie Artikel 19 der Verfassung, der die Freiheit, zu allem seine Ansichten kundzutun, anerkennt.

Daher bilden die Garantien dieser Bestimmungen in diesem Maße ein untrennbares Ganzes.

B.3.1. Artikel 23 Absatz 3 Nr. 4 der Verfassung garantiert das Recht auf den Schutz einer gesunden Umwelt.

Artikel 23 der Verfassung enthält eine Stillhalteverpflichtung, die dem entgegensteht, dass der zuständige Gesetzgeber das durch die anwendbaren Rechtsvorschriften gebotene Schutzmaß erheblich verringert, ohne dass es hierfür eine sachliche Rechtfertigung gibt.

Weder aus dem Wortlaut der Vorabentscheidungsfrage noch aus der Begründung der Vorlageentscheidung wird ersichtlich, inwiefern die fragliche Bestimmung einen bedeutenden Rückschritt bei dem durch die anwendbaren Rechtsvorschriften gebotenen Schutzmaß herbeiführen würde.

B.3.2. Der Grundsatz *habeas corpus* hängt seinerseits eng mit der durch Artikel 12 der Verfassung und Artikel 5 der Europäischen Menschenrechtskonvention gewährleisteten Freiheit der Person zusammen, zu denen der Gerichtshof im vorliegenden Fall allerdings nicht befragt wird.

B.3.3. Die Vorabentscheidungsfrage bedarf keiner Antwort, sofern sie sich auf Artikel 23 der Verfassung und auf den Grundsatz *habeas corpus* bezieht.

B.4. Der durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gebotene Schutz beschränkt sich nicht auf das Gesprochene oder das Geschriebene, da die Ideen und Meinungen einer Person durch ein Verhalten zum Ausdruck gebracht werden können (EuGHMR, 13. Oktober 2022, *Bouton gegen Frankreich*, ECLI:CE:ECHR:2022:1013JUD002263619, § 30; 20. Juni 2024, *Friedrich u.a. gegen Polen*, ECLI:CE:ECHR:2024:0620JUD002534420, § 248), insbesondere bei einer gemeinrechtlichen Straftat, die zielbewusst begangen wird, um eine Meinung und eine Überzeugung bezüglich der Bekämpfung des Klimawandels zum Ausdruck zu bringen (EuGHMR, 3. Juli 2025, *Ludes u.a. gegen Frankreich*, ECLI:CE:ECHR:2025:0703JUD004089922, §§ 88 und 89).

Artikel 19 der Verfassung bestimmt ausdrücklich, dass er nicht der Ahndung der bei der Ausübung der darin erwähnten Freiheiten begangenen Delikte im Wege steht. Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention erlaubt auch gewisse Einschränkungen, insbesondere zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Verhütung von Straftaten, sowie zum

Schutz der Rechte anderer, etwa des Eigentumsrechts (gewährleistet durch Artikel 1 des ersten Zusatzprotokolls).

Im Falle einer solchen Einmischung in die Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung ist zu prüfen, ob diese Einmischung gesetzlich vorgesehen ist, ob sie eines oder mehrere legitime Ziele im Sinne von Artikel 10 Absatz 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention verfolgt und ob sie in einer demokratischen Gesellschaft notwendig erscheint (EuGHMR, 3. Juli 2025, *Ludes u.a. gegen Frankreich*, vorerwähnt, § 90).

B.5.1. Wie in B.1.3 erwähnt wurde, bezweckten die von den Berufungsklägern vor dem vorlegenden Rechtsprechungsorgan begangenen Straftaten die Verwendung der auf betrügerische Weise entwendeten Sachen bei einer Kundgebung im Rahmen der Bekämpfung des Klimawandels.

Es obliegt dem vorlegenden Rechtsprechungsorgan festzustellen, ob die der Vorlageentscheidung zugrunde liegenden Taten zielbewusst begangen wurden, um eine Meinung und eine Überzeugung zum Ausdruck zu bringen, die unter den durch Artikel 19 der Verfassung und Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention gebotenen Schutz fallen, und ob die Ausübung der Strafverfolgung den Berufungsklägern vor dem vorlegenden Rechtsprechungsorgan gegenüber eine Einmischung in die Ausübung dieser Freiheit darstellt.

B.5.2. Die vorerwähnte Einmischung ist gesetzlich vorgesehen, insbesondere in den Artikeln 461 Absatz 1 und 463 Absatz 1 des Strafgesetzbuches. Außerdem verfolgt sie mindestens eines der legitimen Ziele, die in Artikel 10 Absatz 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention aufgeführt sind, und zwar die « Aufrechterhaltung der Ordnung oder [die] Verhütung von Straftaten ».

B.6.1. Was die Bedingung der Notwendigkeit der Einmischung betrifft, hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in seinem vorerwähnten Urteil vom 3. Juli 2025 entschieden:

« 94. Pour évaluer la pertinence et la suffisance des conclusions retenues par les juridictions nationales, la Cour, conformément au principe de subsidiarité, prend en considération la manière dont ces dernières ont effectué la mise en balance des intérêts contradictoires en jeu à la lumière de sa jurisprudence bien établie en la matière (voir

Erla Hlynisdottir c. Islande (no 2), n° 54125/10, § 54, 21 octobre 2014, et *Ergündoğan c. Turquie*, n° 48979/10, § 24, 17 avril 2018). La Cour rappelle que la qualité de l'examen judiciaire de la nécessité de la mesure revêt une importance particulière dans le contexte de l'évaluation de proportionnalité sous l'angle de l'article 10 de la Convention (voir *Animal Defenders International c. Royaume-Uni* [GC], n° 48876/08, § 108, CEDH 2013 (extraits)). Ainsi, l'absence d'un contrôle juridictionnel effectif de la mesure litigieuse peut justifier un constat de violation de l'article 10 (*Matúz c. Hongrie*, n° 73571/10, § 35, 21 octobre 2014, *Ergündoğan*, précité, *ibidem*).

95. Enfin, la Cour souligne que la nature et la lourdeur des peines infligées sont des éléments à prendre en considération lorsqu'il s'agit de mesurer la proportionnalité de l'ingérence. À cet égard, elle a maintes fois eu l'occasion de souligner, dans le contexte des affaires relatives à l'article 10 de la Convention, que le prononcé d'une condamnation pénale constituait l'une des formes les plus graves d'ingérence dans le droit à la liberté d'expression. Les instances nationales doivent faire preuve de retenue dans l'usage de la voie pénale, tout spécialement s'agissant du prononcé d'une peine d'emprisonnement qui revêt un effet particulièrement dissuasif quant à l'exercice de la liberté d'expression (*Mariya Alekhina et autres*, précité, § 227, *Bouton*, précité, §§ 46 et 53). Le caractère relativement modéré d'une amende ne suffit pas, à lui-seul, à faire disparaître le risque d'un effet dissuasif sur l'exercice de la liberté d'expression (*Mor c. France*, n° 28198/09, § 61, 15 décembre 2011, avec les références qui y sont citées).

96. S'agissant plus particulièrement de la protection du débat politique, la Cour rappelle que l'article 10 § 2 de la Convention ne laisse guère de place pour des restrictions à la liberté d'expression dans le domaine du discours politique. Il est fondamental, dans une société démocratique, de défendre le libre jeu du débat politique et la Cour accorde la plus grande importance à la liberté dans le contexte du débat politique. Il en résulte que la marge d'appréciation dont disposent les autorités pour juger de la 'nécessité' d'une mesure litigieuse dans ce contexte est donc 'particulièrement restreinte' (*Sanchez c. France*, précité § 146 et les références citées, *Glukhin*, précité, § 51) ».

B.6.2. In diesem Rahmen stellt der Umweltschutz einen Gegenstand allgemeinen Interesses dar, der grundsätzlich ein hohes Schutzmaß genießt (EuGHMR, 7. November 2006, *Mamère gegen Frankreich*, ECLI:CE:ECHR:2006:1107JUD001269703, § 20; Große Kammer, 22. April 2013, *Animal Defenders International gegen Vereinigtes Königreich*, ECLI:CE:ECHR:2013:0422JUD004887608).

Übrigens hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in seinem Gutachten vom 13. Juli 2022 erklärt:

« [...] La protection de l'environnement, au sens large, et, dans ce cadre, la protection, plus spécifique, de la nature et des forêts, des espèces menacées, des ressources biologiques, du patrimoine ou de la santé publique, comptent, quant à elles, parmi les objectifs considérés, à ce jour, comme relevant de l' 'intérêt général' au titre de la Convention (voir, parmi d'autres, *Yaşar c. Roumanie*, n° 64863/13, § 59, 26 novembre 2019, *O'Sullivan McCarthy Mussel*

Development Ltd c. Irlande, no 44460/16, § 109, 7 juin 2018, *Kristiana Ltd. c. Lituanie*, n° 36184/13, §§ 104-105, 6 février 2018, *Matczyński c. Pologne*, n° 32794/07, §§ 104-106, 15 décembre 2015, *Lazaridi c. Grèce*, n° 31282/04, § 34, 13 juillet 2006, et *Ansay et autres c. Turquie* (déc.), n° 49908/99, 2 mars 2006). La Cour a eu l'occasion de souligner que, même si aucune disposition de la Convention n'est spécialement destinée à assurer une protection générale de l'environnement en tant que tel (*Kyrtatos c. Grèce*, n° 41666/98, § 52, CEDH 2003-VI), la responsabilité des pouvoirs publics en la matière devrait se concrétiser par leur intervention au moment opportun, afin de ne pas priver de tout effet utile les dispositions protectrices de l'environnement qu'ils ont décidé de mettre en œuvre (*Hamer c. Belgique*, n° 21861/03, § 79, CEDH 2007-V; voir aussi *S.C. Fiercolect Impex S.R.L. c. Roumanie*, n° 26429/07, § 65, 13 décembre 2016, *Nane et autres c. Turquie*, n° 41192/04, § 24, 24 novembre 2009, et *Bahia Nova S.A. c. Espagne* (déc.), n° 50924/99, 12 décembre 2000) » (EuGHMR, Gutachten vom 13. Juli 2022 über den Behandlungsunterschied zwischen den Eigentümervereinigungen « deren Bestehen am Tag der Gründung einer anerkannten kommunalen Jagdvereinigung anerkannt ist » und den nachher gegründeten Eigentümervereinigungen, P16-2021-002, § 80).

Außerdem wurde die Bedeutung der Verpflichtungen, die den Staaten in Anwendung des internationalen Vertrags- und Gewohnheitsrechts im Bereich des Schutzes des Klimasystems und anderer Umweltkomponenten gegen anthropogene Treibhausgasemissionen vom Internationalen Gerichtshof hervorgehoben (IGH, Gutachten vom 23. Juli 2025 zu den Pflichten von Staaten im Hinblick auf den Klimawandel).

B.6.3. Daraus ergibt sich, dass die nationalen Behörden über einen besonders eingegengten Ermessensspielraum verfügen und bei der Strafverfolgung im Rahmen der Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung, im vorliegenden Fall im Bereich der Bekämpfung des Klimawandels, Zurückhaltung üben müssen. Im Falle der Einleitung von Strafverfahren infolge dieser Ausübung ist das Strafgericht dazu gehalten, eine Verhältnismäßigkeitsprüfung der Einmischung in das Recht auf freie Meinungsäußerung vorzunehmen.

B.7. Die Vorabentscheidungsfrage betrifft die in Anwendung der fraglichen Bestimmung für das Strafgericht bestehende Unmöglichkeit, die vorerwähnte Verhältnismäßigkeitsprüfung vorzunehmen.

B.8.1. In seinem vorerwähnten Urteil vom 3. Juli 2025 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte erkannt, dass Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention an sich nicht dem entgegensteht, dass gegen Umweltaktivisten infolge eines Diebstahls mit dem Ziel der Bewusstmachung der Öffentlichkeit und der Sensibilisierung der Bevölkerung für die verheerenden Folgen des Klimawandels Strafverfolgungen eingeleitet werden (§§ 87 bis 119).

B.8.2. Artikel 78 des Strafgesetzbuches sieht vor, dass Entschuldigungsgründe durch das Gesetz bestimmt werden.

Dem vorlegenden Rechtsprechungsorgan zufolge sieht keine Gesetzesbestimmung des innerstaatlichen Rechts einen strafausschließenden oder strafmildernden Entschuldigungsgrund vor, wenn die Straftat dazu dient, die Öffentlichkeit durch « gewaltlosen ökologischen zivilen Ungehorsam » auf die Dringlichkeit des Problems des Klimawandels aufmerksam zu machen.

Der Gerichtshof beantwortet die Frage in der vom vorlegenden Rechtsprechungsorgan ihm vorgelegten Auslegung.

B.8.3. Die in B.6.3 erwähnte, vom Strafrichter vorzunehmende Verhältnismäßigkeitsprüfung kann im Rahmen der Anwendung anderer Strafbestimmungen durch geführt werden.

An erster Stelle – auf generelle Weise – muss der Richter den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Strafen beachten und somit sicherstellen, dass er eine Strafe verhängt, die im Verhältnis zur Schwere des strafbaren Verhaltens steht. Außerdem muss er seine Entscheidung für die Strafe, die er verhängen will, begründen.

In diesem Zusammenhang kann der Richter in Abhängigkeit vom jeweiligen Fall eine Sanktion aus einem ausreichend breiten Spektrum von Strafen wählen. Artikel 463 Absatz 1 des Strafgesetzbuches präzisiert, dass die Straftat des Diebstahls mit einer Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu fünf Jahren und mit einer Geldbuße von 26 bis zu 500 Euro geahndet wird.

Außerdem können die vorgesehenen Strafen im Falle mildernder Umstände, die im Gegensatz zu den Entschuldigungsgründen nicht erschöpfend im Gesetz aufgezählt, sondern dem Ermessen des Richters überlassen werden, herabgesetzt werden (Artikel 79 ff. des Strafgesetzbuches). In diesem Fall kann der Richter die Dauer der Gefängnisstrafe und die Höhe der Geldbuße herabsetzen; er kann auch die eine oder andere dieser Strafen einzeln anwenden (Artikel 85 des Strafgesetzbuches).

Schließlich kann sich der Richter je nach den Umständen der Sache auf die Aussetzung der Verkündung der Verurteilung oder auf den Strafvollstreckungsaufschub beschränken (Artikel 3 und 8 des Gesetzes vom 29. Juni 1964 « über die Aussetzung, den Aufschub und die Bewährung »).

B.8.4. Im Übrigen, wie vom Ministerrat hervorgehoben wird, hat der Kassationshof angenommen, dass ein Entschuldigungsgrund sich aus den durch die Europäische Menschenrechtskonvention garantierten Rechten und Freiheiten ergeben kann (Kass., 6. Januar 1998, ECLI:BE:CASS:1998:ARR.19980106.5).

B.9. Artikel 78 des Strafgesetzbuches ist folglich vereinbar mit Artikel 19 der Verfassung in Verbindung mit Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Aus diesen Gründen:

Der Gerichtshof

erkennt für Recht:

Artikel 78 des Strafgesetzbuches verstößt nicht gegen Artikel 19 der Verfassung in Verbindung mit Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Erlassen in französischer und niederländischer Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, am 11. Dezember 2025.

Der Kanzler,

Der Präsident,

(gez.) Frank Meersschaut

(gez.) Pierre Nihoul